

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 43.

Leipzig, den 24. Oktober.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Die geehrten hiesigen und auswärtigen Abonnenten ersuchen wir dringend, falls das Blatt bis Sonnabend Abend nicht in ihren Händen ist, uns gefälligst brieflich (unfrankirt) oder mündlich sofort Nachricht zu geben.
Expedition des Demokr. Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Zur Steuerfrage. — Ein nationales Wunder. — Aus England. — Herrn Rößling hier. — Ueberschwemmung in der Schweiz.

Politische Uebersicht.

Die spanische Revolution ist noch immer im Aufstehen begriffen. General Prim, dessen Popularität eine große Gefahr für die junge Freiheit in sich barg, hat sich zu seinem Schaden davon überzeugen müssen. Sein, in der vorigen Woche von uns erwähnter Brief, in welchem er einer konstitutionellen Monarchie nach dem Geschmacke Bonaparte's das Wort redete, hat die schärfste Mißbilligung hervorgerufen; und seine unmittelbar nachher hervorgetretene Absicht, vor Zusammenkunft der am 15. November auf Grund des allgemeinen Stimmrechts zu erwählenden Nationalversammlung eine Volksabstimmung über die Frage: Republik oder Monarchie? vornehmen zu lassen, ist auf die kräftigste Opposition gestoßen, und hat die Madrider Centraljunta (den Revolutionsausschuß, welcher neben der provisorischen Regierung besteht, und dem sich alle übrigen Lokalausschüsse untergeordnet haben) zu folgendem Protest veranlaßt: „In Anbetracht, daß die Form der Regierung eine Frage von höchster Wichtigkeit, und eine Regierung um so geachteter ist, je mehr sie als der Ausdruck des nationalen Willens erscheint; in Anbetracht, daß die Form der Regierung vor der Entscheidung über dieselbe einer gründlichen Berathung unterworfen werden muß, da sie andernfalls, wenn die öffentliche Meinung nicht durch die Diskussion der Regierungsform aufgeklärt würde, nicht der wirkliche Ausdruck des nationalen Willens wäre; in Anbetracht, daß unter den der Revolution vorhergehenden Umständen das Volk nicht im Stande ist, sich ein Urtheil über die geeignete Regierungsform und die an die Spitze des Staates zu stellende Persönlichkeit zu bilden: — schlägt die Junta der provisorischen Regierung vor zu erklären, daß in Uebereinstimmung mit dem Programm von Cadix es der konstituierenden Versammlung allein zukommt, die zukünftige Form der Regierung zu bestimmen.“

Die provisorische Regierung hat aus der Noth eine Tugend gemacht, und in einem Rundschreiben erklärt, daß die Nationalversammlung allein über die künftige Regierungsform

zu entscheiden hat. Inzwischen organisiert sich die demokratische Partei nicht bloß in den Städten, sondern auch auf dem Lande, und das Gefasel der Bismarck'schen „Provincialkorrespondenz“, daß die Republik mehr als jede andere Staatsform „die Keime des Zwiespalts und der Schwäche in sich trage“, wird den Spaniern, deren Land durch die Monarchie an den Rand des Abgrunds gebracht worden ist, nur ein mitleidiges Lächeln entlocken.

Unter dem Einfluß des revolutionären Geistes, der Spanien durchweht, fährt die Regierung fort, den Grund für ein wahrhaft freies Gemeinwesen zu legen. Ungeachtet der selbstherrlichen Anwandlungen Prim's, der unter Anderen die demokratische Junta von Santander mit Militärgewalt auflösen wollte, ist unbeschränkte Religionsfreiheit, Freiheit des Unterrichts und damit die Trennung der Schule von der Kirche, und die Einführung einer Volkswehr dekretirt worden.

Ferner hat die provisorische Regierung den ersten Schritt zur Abschaffung der Sklaverei in den spanischen Colonien gethan, indem sie alle nach dem 17. September — dem Tage, wo die Revolution begann — von Sklavinnen gebornen Kinder für frei erklärt. Das ist allerdings nicht genügend; und die französische Februarrepublik, die mit Einem Federstrich allen Sklaven die Freiheit gab, war in dieser Beziehung kühner. Es ist jedoch zu bedenken, daß es sich damals bloß um wenige Tausend Sklaven handelte, während auf den spanischen Inseln Cuba und Portoriko die Zahl der Sklaven über 800,000 beträgt, denen ungefähr eben so viel Freie, darunter 250,000 Mulatten, gegenübersehen.

Indes ist an einer baldigen radikalen Emanzipationsmaßregel um so weniger zu zweifeln, als die freie Bevölkerung jener Inseln bereits seit Jahren die Abschaffung der Sklaverei für eine politische Nothwendigkeit erkannt hat.

Bei dem demokratischen Vorgehen der provisorischen Regierung kann man es nicht tadeln, daß eine von den Republikanern veranstaltete Volksversammlung in Madrid (am 11. d. Mon.) der Regierung ein Vertrauensvotum ertheilt und den Beschluß gefaßt hat, sie zu unterstützen, so lange sie auf dem bisherigen Wege verharre.

Im ganzen Land herrscht die größte Ordnung; Jedermann unterwirft sich gern den Gesetzen. Hier und da hatten einige Reibungen zwischen Bürgern und Arbeitern statt, aber stets

verföhrte man sich schnell wieder. Die emsig verbreiteten Gerüchte von Carlistischen Schilderhebungen sind auf fromme Wünsche der Freiheitsfeinde zurückzuführen.

Bezeichnend für den Charakter der Bewegung ist eine Mittheilung des Pariser „Temps“: Deutsche Israeliten haben eine Petition an die Madrider Regierung gerichtet, um die Erlaubniß zur Niederlassung in Spanien zu erlangen. Sie haben den Bescheid erhalten, daß es dazu durchaus keiner Erlaubniß bedürfe, da die Revolution die Freiheit der Culte proklamirt habe und sich zu keinem einzigen bekenne“. Und das im „Paffenland“ Spanien, welches durch den Katholizismus vollkommen unfähig geworden sein sollte, sich 'auf die Höhe der modernen Ideen zu erheben!

Voller Hoffnung und — Scham blickt das französische Volk über die Pyrenäen, angstvoll und beklommen der französische Kaiser. Das Gerücht erhält sich, er brüte über einem großen „europäischen Staatsstreich“. Außer einer allgemeinen Entwaffnung, heißt es nun, wolle er die Neutralisirung des Rheingebiets fordern. Letzteres wäre eine kolossale Albernheit, und da sie zuerst von der „Revue des deux Mondes“, einem orleanistischen also preußenfreundlichen Blatt aufgetischt wurde, so scheint es eine Tendenzlüge zu sein, deren Zweck, das deutsche Nationalgefühl aufzustacheln, sehr klar am Tag läge. Bonaparte wird sich die Vortheile seines Entwaffnungsprojekts durch einen so abgeschmackten Vorschlag gewiß nicht selber zerstören. — Bestätigt werden die Alarmgerüchte durch eine soeben in Paris erschienene Broschüre: „Wann kommt der Krieg?“, der ein offiziöser Ursprung zugeschrieben wird, und die mit den Worten schließt: „Das Volk fragt sich bang, wozu diese Rüstungen, wozu diese wachsenden Steuern, diese lügenhaften diplomatischen Noten? Dieser bewaffnete Frieden ohne Ende ruiniert das Land, er kostet vier Mal mehr als ein offener Krieg.“

Wichtiger als diese Broschüre ist, daß die Nordschleswig'sche Frage auf Weisung von Paris in der dänischen Thronrede Erwähnung gefunden hat und zwar in Ausdrücken, die keinen Zweifel darüber erlauben, daß sie auf die Tagesordnung der Diplomatie gesetzt worden ist.

Der Preussische Landtag ist nun endgültig auf den 4. November zusammenberufen. Die Finanzlage gestattete keinen längeren Aufschub. Das Deficit wird von den Soldschreibern und Schönfärbern nicht mehr abgeläugnet — es ist zu groß — und sie beschäftigen sich bloß noch mit der Deckung. An eine Beschränkung der Ausgaben, d. i. an Verminderung des stehenden Heeres — denn auf jedem anderen Gebiet wird ohnehin schon höchst ungroßmächtig geknausert — denkt man natürlich nicht; bleibt also nur Vermehrung der Steuern. Außer der Börsensteuer wird neuerdings eine Inseratensteuer empfohlen. In England bestand früher eine solche, sie wurde aber abgeschafft, weil sie gleich den meisten indirekten Steuern, vorwiegend den armen Mann belastet. Freilich, England ist kein „Intelligenzstaat“, noch weniger ein „Militärstaat“.

Es liegt im Wesen des Cäsarismus, daß er sich populärer Worte bemächtigt und sie sozusagen als Etiquette seinen eigenen unvolksthümlichen „Schöpfungen“ auflebt. Im gewöhnlichen Leben nennt man das Betrug und Fälschung, aber für die Politik gilt ja die gewöhnliche hausbackne Moral nicht. Die jüngste Leistung dieser Art wird aus Hannover vermeldet! Dem dortigen Provinziallandtag ist nemlich ein sogenanntes „Dezentralisationsprojekt“ unterbreitet worden, das aber, weit entfernt die von dem Volk unter Dezentralisation verstandene Autonomie zu bezwecken, einzig und allein darauf hinausläuft, die Durchführung

der Centralisation zu erleichtern. Ganz dasselbe Spiel mit demselben Wort treibt man seit Jahren in Frankreich. Der preussische Cäsarismus ist eben nie or-

ginell. Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß die mehr oder weniger großen Staatsmänner und Feldherren, die Deutschland im Jahr 1866 mit der Einheit „beglückten“ dabei ein weit besseres Geschäft gemacht haben, als das „beglückte“ Deutschland. Nehmen wir z. B. den Chef der „Begrücker“, Graf Bismarck. Während es früher Sitte war, daß Jeder der einen Menschen getödtet, verstümmelt, oder sonst irgendwie verletzt hatte, eine bestimmt festgesetzte Buß- und Entschädigungssumme, das sogenannte Wehrgeld entrichten mußte, hat man in unserer Zeit die Sache umgedreht und zum Beispiel dem Grafen Bismarck für die vielen 1866 Tod- oder zu Krüppeln Geschossenen in Bausch und Bogen eine Prämie von 600,000 Thlr. bezahlt (interessant wäre es zu berechnen, wie hoch dabei jedes einzelne Leben, jeder Arm, jedes Bein veranschlagt ist. Niemand wird in Abrede stellen, daß dies ein ganz gutes „Geschäft“ für den Empfänger der 600,000 Thlr. war. Aber „der Appetit kommt beim Essen“ sagt das Sprichwort und Graf Bismarck scheint an Geld-Geschäften um so mehr Spaß gefunden zu haben, als sein politisches Geschäft gerade schlecht geht. Wir lesen in preussischen Blättern:

„Der Besitzer von Barzin und Chef des norddeutschen Telegraphenwesens, Graf von Bismarck, hat mit dem Papierfabrikanten Behrend in Cöslin einen Kontrakt abgeschlossen, nach welchem in Barzin eine Fabrik von Holzstoff, wie solcher bei der Fabrikation von Papier gebraucht wird, eingerichtet werden soll. Zu den Kosten dieser Einrichtung trägt Herr Behrend ein Zehntheil, Graf Bismarck neun Zehntheil bei. Der Holzbedarf, welcher aus den Barziner Forsten zu festgesetzten Preisen entnommen wird, ist auf 1000 Klaftern jährlich veranschlagt. Die Fabrik des Herrn Behrend liefert sämtliches Papier zu Telegraphenrollen für die Telegraphenämter des norddeutschen Bundes und die von denselben verbrauchten (10 Millionen) Couverts.“

Wie die „Post“, ein der preussischen Regierung nahegehendes Blatt, mit Bestimmtheit versichern kann, hat sich die Majorität der mit Ausarbeitung eines „norddeutschen Strafgesetzbuchs“ betrauten Gesetzgebungscommission ihrer Majorität nach für Beibehaltung der Todesstrafe erklärt. Es herrscht wenigstens Consequenz in Bekämpfung jedes Culturfortschritts. Sachsen, das auf eigne Faust ohne die hohe bundesobrigkeitliche Bewilligung einzuholen, die Todesstrafe abgeschafft hat, wird sie wohl wieder einführen müssen, — alles der seligmachenden Einheit zu lieb, die soeben in dem zwischen dem Nordbund und Bayern abgeschlossenen Vertrag zur Bestrafung von Preßvergehen einen glänzenden Triumph gefeiert hat. Das „nationale Zuchthaus“ wird bald fertig sein, wenn nicht die Baumeister von Außen gestört werden.

Der österreichische Reichstag ist zusammgetreten. In der ersten Sitzung legte Graf Taaffe, Minister für Landesverteidigung, die Gesekentwürfe, betreffs der Wehrkraft des Landes, sowie der Landwehr und des Landsturmes vor. Der Dienst der Linie ist auf 3 Jahre, in der Reserve auf 7 Jahre bemessen. Die Gesamtstärke des Heeres und der Marine beläuft sich auf 800,000. Nachdem Graf Taaffe die Identität der Vorlagen mit dem ungarischen Wehrgesetz nachgewiesen hatte, empfahl er mit Hinblick auf die bedrohliche Weltlage eine rasche Erledigung und Annahme.

Ueber die reorganisirte österreichische Armee fällt ein militärischer Correspondent des englischen Weltblattes „Times“

anlässlich der Manöver bei Bruch ein sehr günstiges Urtheil. Er schließt mit folgenden Worten:

„Es kommt heutiges Tages weniger auf die Zahl der waffenfähigen Mannschaften an, als vielmehr auf die Schnelligkeit, mit welcher die Kriegsbereitschaft hergestellt werden kann. Einstweilen läßt sich in dieser Hinsicht über die österreichische Armee noch kein Urtheil fällen, aber wenn tüchtige Generale und Generalstabsoffiziere, geübte Regimentskommandeure und sonstige Führer, fest entschlossen, ihr Bestes zu thun und überzeugt, daß sie nirgends eine freiere Regierung finden als dabeim, überhaupt im Stande sind, den Sieg an eines Landes Fahnen zu trüben, dann ist Oesterreich jetzt stärker als es je gewesen. Ein liberaler Geist, der lange in der Armee unterdrückt war, aber kräftig an Kraft gewann und beim Beginn der neuen Ära sich mächtig Bahn brach, hat einige seiner entschiedensten Vertreter bis in die höchsten Stellen gesandt. General Möring, der wegen seiner liberalen Prinzipien zum Gouverneur von Triest ernannt wurde, gehört unter die Zahl, ebenso wie Legethoff und Kubn, und Oesterreich hat allen Staaten, die sich in gleichem Fall befinden, ein glänzendes Beispiel geliefert, wie man aus bösen Erfahrungen gute Lehren ziehen kann.“

Endlich ist das neue Preßgesetz, welches trotz mancher Mängel als ein wesentlicher Fortschritt bezeichnet werden muß, veröffentlicht worden. Erst jetzt kann die österreichische Presse, die bisher völlig von der Gnade der Regierung abhing, sich einigermaßen frei bewegen.

Bekanntlich verbot die Wiener Polizei eine vom sozialdemokratischen Central-Ausschuß berufene Arbeiterversammlung. Seitdem hat sie das Verbot wiederholt. Es ist lächerlich, die Verantwortlichkeit für dieses reaktionäre Gebahren der Polizei aufzuladen; die ganze Schuld trifft das „liberale“ Ministerium. Begreifen denn die Herren Biskra, Herbst u. s. w. nicht, daß das Bürgerthum in Oesterreich viel zu schwach ist, dem vereinigten Klerus und Adel die Spitze zu bieten, und daß nur mit Hülfe des energischen Arbeiterelements der Kampf gegen die andringende Reaktion siegreich bestanden werden kann?

Wir werden von verschiedenen Seiten ersucht, zur Absendung von Zustimmung- und Aufmunterungs-Adressen an die spanischen Demokraten aufzufordern. Ohne den Beschlüssen des Centralausschusses der Volkspartei, der sich in seiner nächsten Sitzung mit der Frage beschäftigen wird, vorgreifen zu wollen, empfehlen wir einstweilen folgende von deutschen Republikanern in der Schweiz abgefasste Adresse der Beachtung unserer Gesinnungsgenossen:

„Spanische Republikaner.“

Mit lebhafter Befriedigung haben wir den Sturz einer verrotteten Dynastie vernommen. Wir begrüßen die spanische Revolution um so freudiger, als wir in ihr nicht allein das heil'ge Vaterland, sondern auch einen kräftigen Anstoß für die Wiedergeburt des gebrechlichen Europas erblicken. Diese schöne Erwartung kann sich jedoch nur erfüllen, wenn Euer auf der Höhe der Zeit stehendes Programm zur Wahrheit wird.

Wir fordern Euch daher auf und sagen Euch im Voraus unsern Dank dafür, daß Ihr mit aller Thatkraft für die Einführung der Republik wirkt und insbesondere für die nothwendige Bedingung derselben: Erziehung des stehenden Heeres durch eine Nationalmiliz (Volkswehr).

Möge die edle spanische Nation endlich in den Genuß der Freiheit und Wohlfahrt gelangen und mit ihrer Arbeit zugleich ein hohes Verdienst um Europa sich erwerben!

Grüß und Handschlag ihr wackern Männer
Zürich, 8. Oktbr. 1868.

den deutschen Republikanern in der Schweiz.“

Wir vermessen in dieser Adresse nur Eins: den Hinweis auf die Nothwendigkeit, eine gerechte Lösung der sozialen Frage

mit äußerstem Nachdruck abzubahnen und durchzuführen. Eine spanische Republik, die den Arbeitern feindlich entgegenträte, wäre eben so sicher dem Untergange geweiht, wie die französische Februarrepublik.

Aus Berlin schreibt man uns: „In der ersten Sitzung (am 15. Oktober) des „demokratischen Arbeitervereins zu Berlin“ gab Herr Wilhelm Eichhoff in der Eröffnungsrede erst einen historischen Rückblick auf die Entstehung des Vereins. In dem zur Vertheilung gekommenen Entwurf der Statuten habe der §. 3 eine andere als die ursprüngliche Fassung erhalten in Rücksicht darauf, daß man sich für den Namen „Arbeiterverein“ anstatt des von einer Seite vorgeschlagenen „Volkverein“ entschieden habe. Eine Geschäftsordnung (die des alten Vereins) sei vorgeschlagen, aber noch nicht angenommen. Endlich trete noch die Frage an den Verein heran, ob die auf der Tagesordnung stehende Vorstandswahl heut schon stattfinden solle, wobei natürlich nur die 28 konstituierenden Mitglieder stimmberechtigt wären, oder ob man das provisorische Komitee bis zur nächsten Sitzung in Thätigkeit lasse, um den heut sich meldenden Mitgliedern die Theilnahme an der Wahl zu ermöglichen. Wilhelmi will erst die Vortragenden hören, die Beschlusfassung über Geschäftsordnung und Vorstandswahl vertagen. Wenzel für Vertagung der Vorstandswahl und sofortige Beschlusfassung über die Geschäftsordnung. Er stellt zu §. 7 des Vorschlags einer solchen das Amendement, die Worte: „zu einem Antrage auf Schluß darf nur ein Redner für und ein Redner gegen sprechen“ zu streichen. Richter für sofortige Vorstandswahl, um ein Definitivum zu schaffen. Eichhoff bittet, man möge über die Geschäftsordnung schlüssig werden. Schmidt für en bloc-Annahme derselben mit Wenzel's Amendement. Wilhelmi für provisorische Annahme. Jäger für en bloc-Annahme. Adolf Weiß empfiehlt die Annahme der Geschäftsordnung, damit das Präsidium wisse, wie es zu handeln habe. Ebenso möge man das Statut ganz annehmen. Die Versammelten, in den leitenden Grundfragen einig, könnten etwaige kleine Aenderungen später bewirken. Wer diese leitenden Grundsätze nicht theile, sei doch schwer zu überzeugen. Die erste Sitzung müsse ein Resultat haben. Ebenso möge man das Komitee für die nächste Zeit bestehen lassen. — Nach Annahme des beantragten Schlusses wird erst Wenzel's Amendement und dann die ganze Geschäftsordnung angenommen. Ebenso wird der §. 3 des Statuts in der von Eichhoff redigirten Fassung und ebenso das ganze Statut einstimmig angenommen. Die Wahl des Vorstandes wird vertagt. — Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist ein Vortrag Wenzel's über das Programm der deutschen Volkspartei nach dem am 20. Septbr. 1868 zu Stuttgart gefaßten Beschlüssen. (§. 3 des Statuts sagt: der Verein erklärt sich einverstanden mit diesen Beschlüssen). Nicht die Verschiedenheit der Ansichten über die soziale Frage habe die Minorität zum Austritt aus dem alten Verein vermocht, sondern ihre Ansicht, daß das Programm des Vereins sozialpolitisch sein müsse. Der Staat ist heute eine politisch organisirte Klassenherrschaft, darum muß erst die politische Umformung im Geiste der Gleichberechtigung Aller erstrebt werden. Ferner würde die Bezeichnung „demokratischer Arbeiterverein“ genügen, wenn nicht alle Welt sich demokratisch nannte. Darum schließen wir uns an die Stuttgarter Beschlüsse an. Die bisherigen Volksführer haben eine parlamentarische Aristokratie geschaffen, und Wehe dem, der sich gegen dieselbe auflehnt (Beifall). Die Menge bleibt also passiv und erklärt höchstens: wenn eine Revolution ausbreche, die Republik fertig sei, werde

sie schon zur radikalen Partei stehen. Das muß anders werden, das ganze Volk muß arbeiten. Zu Punkt 2 des Stuttgarter Programms erklärt der Vortragende, daß das Selbstbestimmungsrecht des Volkstammes seine natürlichen Grenzen in der Nation finde. — Sodann spricht Eichhoff über die Nürnberger Beschlüsse vom 6. September d. J. Der Schwerpunkt liegt in Punkt 2. Arbeit ist die Quelle alles Wertes und das Maß aller Beithe. Der heutige Nationalreichtum ist angehäufte Arbeit. Das Kapital ist entstanden durch unbezahlte Arbeit. Es hat das Bedürfnis, sich zu verwerthen, und man schuf Maschinen, eine todte Arbeitskraft, welche die lebendige, die Arbeiter, zur Disposition stellt. Die so entstandene Reservearmee der Arbeiter drückt auf die Löhne. Soll das Proletariat, 90 Prozent der Bevölkerung, fortgesetzt so sinken? Oder ist es Pflicht des Staates, diesem unnatürlichen Zustande ein Ende zu machen? Punkt 2 der Nürnberger Beschlüsse nimmt für den Arbeiter die Arbeitswerkzeuge in Anspruch und läßt dem Kapitalisten sein Kapital. Man verdächtigt das bei uns als Communismus im Sinne der gleichen Theilung der vorhandenen Werthe. Daran denken die Sozialdemokraten nicht. In England, wie ein Bericht der „Zukunft“ beweise, insinuiert man ihnen das auch nicht mehr. England wird auch die soziale Frage zuerst lösen. Wer soll aber (Punkt 1) die Beschränkung der vorhandenen Privilegien in die Hand nehmen? Nur die Arbeiter! Darum, weil es einen Kampf gegen Privatinteressen gilt und der Einzelne machtlos ist, müssen sich die Arbeiter einigen. Vereine und Genossenschaften lösen die soziale Frage nicht. Das ist Pygmäenarbeit an einer Riesenaufgabe. Was nun? Diese Frage muß erörtert werden. Die Regierung wird sich bald damit beschäftigen; denn die soziale Frage todte zu machen, ist sie nicht im Stande. Wird sich Bismarck nun von Schulze-Delitzsch in's Schlepptau nehmen lassen? Um das zu glauben, müßte man eben so verblendet sein, wie Schulze selbst. Reigt die Regierung dann nach der andern Richtung, so dürfen die Arbeiter nicht ohne bestimmte Forderungen dastehen. Darum hat man sich in Nürnberg über vorliegendes Programm geeinigt und ich schließe mit dem alten Wort: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“ — Jäger wendet sich gegen Eichhoff, weil derselbe Schulze „verblendet“ nannte und verteidigt die Genossenschaften, die durch die politischen Verhältnisse an rechter Wirksamkeit behindert wären. „Heutzutage hat man das meiste Geld für Kafereien, Zuchthäuser und Kirchen“. Carl Hirsch findet in den Nürnberger Beschlüssen zu wenig Republikanismus. Es ist Irrthum, zu sagen, das Wohl der Dynastien sei identisch mit dem der Völker. Sie sind sogar auf die Dauer unvereinbar. Adolf Weiß konstatiert, daß der Verein Bismarck kein Vertrauensvotum erteilen wolle. (Beifall.) Bismarck ist feudal und da ist mir die Schulze'sche Lösung noch lieber. Richter empfiehlt dem Grafen Bismarck, sein Amt niederzulegen. Armbrust versucht eine Propaganda für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein resp. Herrn von Schweizer. Kämmerer verteidigt den Ausdruck „verblendet“. Wilhelm nennt die bestehende Regierung eine, die in ihrem Grunde gegen Recht und Freiheit aufgetreten ist. Hierauf wird Schluß der Debatte und dann ein von Benzler eingebrachter Antrag auf demnächstige Fortsetzung derselben angenommen.

In der zweiten Sitzung des Vereins (19. d. M.) wurde die Prinzipienfrage wieder lebhaft debattirt. Alle Redner waren darin einig, daß es endlich an der Zeit sei, den abgeschmackten Gegensatz zwischen Staatshülfe und Selbsthülfe fallen zu lassen, der, durch die „Parteiführer“ künstlich hervorgerufen, die Arbeiter lange genug getrennt habe. Die Wahl des Vor-

standes wurde mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit, sowie auf die Zahl neu angemeldeter Mitglieder, welche statutengemäß erst in der nächsten Sitzung Stimmrecht erhalten, auf 8 Tage vertagt.

Auf Anregung des Vororts Leipzig in Gemeinschaft mit dem Arbeiter-Bildungs-Verein Nürnberg fand am Montag in Würzburg eine von 300 Mann besuchte Arbeitererversammlung statt, in der einstimmig die Gründung eines Arbeitervereins, stützend auf dem Nürnberger Programm, beschlossen wurde. Es zeichneten sich in die Listen sofort 200 Mann ein. Wir rufen dem neuen Verein ein herzliches Glück auf! zu und hoffen, daß unsere bairischen Gesinnungsgenossen an anderen Orten in ähnlicher Weise vorgehen.

Da kein Wirth in Aue sein Lokal hergeben wollte, mußte die von dem Reichstagsabgeordneten des 19. Wahlbezirks (Liebknecht) berufene „Conferenz“ außerhalb dieses Städtchens abgehalten werden. Es hatten sich über Erwarten viele Delegirte eingefunden — ungefähr 100 — und die Verhandlungen führten in jeder Beziehung zu dem gewünschten Resultat. Unter andern wurde Stollberg einstimmig als Vorort des Bezirks bestätigt und ebenfalls einstimmig die Bildung von Gewerkschaften, namentlich der Weber und Bergarbeiter beschlossen. Leider mußte in Folge eines Versehens (der Vorstand des dortigen Arbeitervereins hatte die polizeiliche Anmeldung unterlassen) die beabsichtigte Volksversammlung unterbleiben und ging so eine hübsche Gelegenheit zur Abfertigung der von Chemnitz und Dresden geschickten Häßfeldtianer — 18 bis 20 Mann — verloren. Wir hoffen, unsere Freunde sind künftig pünktlicher in solchen Dingen.

An demselben Tage (11. Oktober) sprachen Schweitzer in Riederlungwitz und Dr. Bär in Lunzenau vor zahlreich besuchten Arbeiterversammlungen.

Wer da sehen will, was unter Leitung einer preussischen Gräfin in puncto des — Anstandes geleistet werden kann, lese die „Freie Zeitung“ (Verlag von J. Köhling, Druck von Hüthel und Legler in Leipzig), die wieder zwölf ganze Spalten mit Schimpfereien auf den Redacteur des „demokratischen Wochenblattes“ gefüllt hat. Wir machen einfach auf diese traurige Schaustellung aufmerksam und wollen nur erläuternd beifügen, daß der Urheber dieses neuesten Meisterstücks ein gewisser Reusche ist, über den uns Freund Försterling weilsand Dinge erzählt hat, so unreinlich, daß wir aus Achtung vor unsern Lesern auf die Wiedergabe verzichten müssen. Wer sich über die Vergangenheit und den Charakter des besagten Reusche zu unterrichten wünscht, wende sich privatim an Hrn. Kupferschmied Försterling in Dresden, oder Dr. Rademacher in Zürich, oder an Johann Philipp Becker in Genf.

In unserer nächsten Nummer werden wir eine „Berichtigung“*) des Adv. Siegel in Dresden bringen. Für die heutige Nummer kam sie zu spät.

*) Herr Siegel hat uns dieselbe durch die Polizei zustellen lassen. Wozu das? Wir dächten, der gewöhnlichste Anstand forderte die Aufnahme einer sachlichen Berichtigung. Der Redacteur der „Constitutionellen Zeitung“ scheint im Verkehr mit seinen Collegen recht schlimme Erfahrungen gemacht zu haben.

Zur Steuerfrage.

Bekanntlich hat die sächsische Staatsregierung eine Commission einberufen, welche eine geeignete Vertheilung der direkten Steuern berathen soll. Zu dieser Commission sind nur Vertreter der besitzenden Klassen, aber keine Arbeiter berufen worden. Zur Abstellung dieser Ungerechtigkeit hatte der Arbeiterbildungsverein in Dresden nachstehende Petition der Regierung übergeben.

„Durch die Zeitungen wurde dem unterzeichneten Verein die Nachricht, daß die königliche Hohe Staatsregierung eine Commission einberufen wolle, deren Aufgabe es sein soll, nach genauester Erörterung der einschlägigen Verhältnisse Beratungen über eine gleichmäßige, den Verhältnissen entsprechende Vertheilung der direkten Staatsabgaben zu pflegen.

Die ebenfalls veröffentlichte Liste der zu dieser Commission berufenen Männer bringt uns die Namen von Angehörigen der verschiedenen Stände, während der Arbeiterstand auch hier ohne alle und jede Vertretung ist.

Wenn nun auch die direkten Steuern des einzelnen Arbeiters keine großen Zahlen repräsentiren, so ist der Beitrag des gesammten Standes bei seinem numerischen Uebergewicht über alle anderen Stände insgesammt, ein für das Finanzwesen des Staates Sachsen so beträchtlicher Faktor, daß die Forderung der Hinzuziehung von Vertretern des Arbeiterstandes zur oben erwähnten Commission hinreichend in ihm Begründung findet.

Noch mehr muß die Gerechtigkeit einer solchen Forderung hervortreten, wenn man darauf hinweist, daß auch die direkte Steuer des Kapitals, sei es in der Industrie, sei es in der Landwirtschaft, ein Produkt der Arbeit ist; da nicht das todtte Kapital, sondern das produktive die Steuern trägt und nur die Arbeit das Kapital produktiv und damit steuerfähig macht.

Ebenso ist hier in Berücksichtigung zu ziehen, daß der Arbeiter einen großen Theil der von den begüterten Klassen gezahlten direkten Steuern in indirekter Weise, und zwar als Konsument, zahlen muß, da der Produzent, sofern es die Marktverhältnisse gestatten, bemüht sein wird, seine Ausgaben an Steuern den Preisen seiner Produkte hinzuzuschlagen.

Läßt sich nun auch nicht gerade befürchten, daß die bereits ernannte Commission bemüht sein werde, dem Arbeiterstande untragbare Steuerlast aufzubürden, so können wir doch um so weniger eine genügende Berücksichtigung unserer Verhältnisse und Interessen erwarten, als keins der bis jetzt ernannten Mitglieder der Commission die sozialen Verhältnisse des Arbeiterstandes aus eigener Anschauung kennt, und daß die Versuche, den unvertretenen Stand zu überbürden, nicht gar zu fern liegen, hat die letzte Landtagsession eklatant gezeigt.

Nur von Männern aus seiner eignen Mitte kann der Arbeiterstand eine kräftige Wahrung seiner Interessen erwarten.

In Zusammenfassung des bisher Angeführten hält es der unterzeichnete Arbeiterbildungsverein für seine Pflicht:

die königliche Hohe Staatsregierung um Hinzuziehung einiger Arbeiter zu der mehrerwähnten Steuerregulirungscommission zu ersuchen und dabei die von den Vereinigungen der sächsischen Arbeiter vorzuschlagenden Personen zunächst zu berücksichtigen.

Ueberzeugt, daß die königliche Hohe Staatsregierung von der Gerechtigkeit unserer Forderung veranlaßt werden wird, denselben zu entsprechen u. u.“

Der Verein hat auf vorstehende Eingabe folgenden Bescheid erhalten:

„Das Finanzministerium befindet sich zwar außer Stand, Ihrem Wunsche auf Hinzuziehung einiger Arbeiter zu der heute eröffneten Steuercommission statt zu geben, da diese letztere überhaupt nicht den Zweck hat, specielle Tarife für die verschiedenen Unterabtheilungen der Gewerbe- und Personalsteuer aufzustellen, ihre Hauptaufgabe vielmehr darin besteht, das Verhältniß der Grundsteuer zur Gewerbe- und Personalsteuer im Allgemeinen zu prüfen und nach Befinden Vorschläge zu einer Abänderung desselben zu machen.

Dasselbe hat jedoch Ihre Vorstellung vom 12. dieses Monats an die Commission abgegeben und der letzteren für den Fall, daß sie ihre Erörterungen auch auf die Besteuerung der einzelnen Classen der Gewerbe- und Personalsteuer-Pflichtigen erstrecken wollte, die Entschließung darauf anheim gestellt.

Dresden, am 19. October 1868.

Finanzministerium.

Friesen.

Goldfriedrich.“

Man sieht, das Ministerium bleibt sich konsequent: vor einem Jahr verweigerte es den Arbeitern das Wahlrecht und jetzt verweigert es ihnen selbst das Recht, ihre Wünsche auszudrücken. Wenn die Regierung ihr Verhalten damit zu beschönigen sucht, daß die Commission nur berufen sei, allgemeine prinzipielle Beratungen zu pflegen, und wenn sie hinzufügt, daß die Petition der Erwägung der Commission anheimgegeben werden solle, so kann dies unsere Meinung keineswegs ändern, denn einmal hat ja die Regierung selbst die Commission ernannt und eingesetzt und steht ihr sonach das Recht und die Macht zu, diese Commission durch Hinzuziehung von Arbeitern zu vermehren; zum Andern kann es sich für die Arbeiter ebenfalls nicht um Aufstellung von besonderen Tarifen, sondern nur um das Princip der Besteuerung handeln.

Ein natürliches Wunder.

Nach Leipzig galt bisher Chemnitz für diejenige Stadt Sachsens, in der das nationalliberale Element am kräftigsten entfaltet sei; und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die dortigen Fabrikanten und Kaufleute eine Zeit lang für die „Schöpfung des Jahres 1866“ schwärmten. Allein neuerdings ist ein gewaltiger Umschwung vor sich gegangen, wie u. A. aus dem soeben veröffentlichten Jahresbericht der durch und durch nationalliberalen Handelskammer erhellt. Für heute wollen wir bloß folgenden Auszug aus demselben mittheilen: „Wie großartig sich auch die physische Macht eines Staates durch die allgemeine Wehrpflicht in dem Kriegsjahre 1866 bewährt hat: wie überwältigend auch die moralische Macht eines so organisirten Kriegsheeres sein mag und wie gerecht es auch bezeichnet werden muß, daß ein jeder Fähige, weß Standes er auch sei, die Verpflichtung hat, mit seiner Person für das Wohl des Staates einzutreten, so ist die Thatsache doch nicht zu leugnen, daß eine solche Heeresverfassung, wenn dieselbe ein großes stehendes Heer im Gefolge hat, tiefe Wunden schlägt, welche sich in der Verminderung des Wohlstandes äußern. Die Entziehung der männlichen Arbeitskraft in ungewöhnlich großer Ausdehnung beeinträchtigt nicht allein den Ackerbau, der dadurch dem täglichen Nahrungsbedürfnisse minder ergiebig ist; sie schädigt auch Handel, Industrie und Gewerbe, indem sie die Einzelnen im Erwerb hindert, in seinen pekuniären Verhältnissen zurückbringt, seinen Kredit schmälert und ihn endlich auch minder konsumtionsfähig macht. Dieser Zustand einer großen Anzahl direct Betroffener ist zugleich rückwirkend auf jene, welche zwar nicht mit ihrer Person dem Staatswohle sich zum Opfer zu bringen verpflichtet sind,

die aber mit ihren pekuniären Mitteln an den Kriegslasten zu tragen haben. Es ist nicht zu verwundern, daß bei so veränderten Wohlstandsverhältnissen und bei dem schwer lastenden Drucke vertheuerter Lebensmittel, eine Reduktion im Konsum von tausenderlei Bedürfniß- und Luxusgegenständen eingetreten ist, daß die Herstellung der letzteren unterließ oder doch verringert wurde, und daß hierdurch auch Geldmittel in größerem Umfange unbeschäftigt blieben. Aber auch die unter solchen Verhältnissen nothwendige Kreditverminderung mußte wesentliche Geldmittel aus dem Verkehr ziehen. Daß es natürlich auch an Muth und Lust zu neuen Unternehmungen, welche Kapital in größerem Umfange erfordern, fast gänzlich schelte, bedarf kaum der Erwähnung."

Wirklich, man traut seinen Augen nicht, wenn man dies liest. Ohne die stereotype Verwechslung von „allgemeiner Wehrpflicht," die in allen Staaten besteht, wo die Conscription eingeführt ist, mit der allgemeinen Wehrhaftigkeit, die nur in der freien Schweiz besteht, würde man den Erguß „verbissener Preußenfeinde" vor sich zu haben glauben. Noch einige Jahre Norddeutschen Bundesglückes, und die letzten Ueberreste unserer Nationalliberalen sind auf homöopathischem Weg von der Preußenkrankheit kurirt.

Aus England.

London, den 12. October.

Am 21. September wurde der zweite Jahreskongreß der National Labor-Union (Nationalen Arbeits-Genossenschaft) der Vereinigten Staaten in dem Versammlungs-Saale des Germania zu Newyork eröffnet. Gegen 70 Delegirte waren zugegen. Einen interessanten Theil der Delegirten bildeten die Fräulein Susa B. Anthony von der Arbeiterinnen-Association Nr. 1; Frau Maria Kellog Putnam, von der Arbeiterinnen-Association Nr. 2; Frau Macdonald von der Schutzgenossenschaft der Arbeiterinnen von Mount Vernon.

Die Zweifel wegen der Zulässigkeit der Delegation des schönen Geschlechts wurde durch die Erklärung beseitigt, daß die Union keine Unterschiede mache in Rücksicht auf Farbe und Geschlecht. Nur zwei deutsche Vereine, die Lackirer und Polirer, und die Pianofortemacher von Newyork waren, erstere durch Simon Schuch, letztere durch H. Siebert vertreten. Außerdem war die Schneider-Union von einem Deutschen, C. H. Lükker, vertreten. Die Deutschen scheinen sich zu wenig bei der allgemeinen Arbeiter-Bewegung in Amerika zu betheiligen, wodurch sie beständig von den Arbeitgebern überportheilt werden und bei den übrigen Arbeitern in Verdacht gerathen, Lohnverderber zu sein. Daß die amerikanischen Arbeiter keine Vorurtheile gegen die Deutschen als solche haben, beweist die Thatsache, daß der deutsche Schneider Lükker mit großer Majorität zum ersten Vice-Präsidenten der Labor-Union vom Kongreß erwählt ward. Ebenso ward auf der letzten Arbeiter-Versammlung zu Chicago ein deutscher Zimmergesell, Anton Imhoff, als Kandidat für das Amt eines Steuer-Assessors für das laufende Jahr vorgeschlagen. Mit Ausnahme des Leichenbeschauers haben die Arbeiter von Chicago lauter Arbeiter als Kandidaten für die Stellen der Gemeindebeamten des Bezirks vorgeschlagen. Doch zum Kongreß.

In seinem Jahresbericht sprach der Präsident über den Erfolg der acht Stunden-Bewegung und beklagte sich darüber, daß der Kriegsminister sich herausgenommen habe, einen Lohnabzug zu machen. Ueber die Weiberarbeit sprach er sich dahin aus, daß es die Aufgabe der männlichen Arbeiter sei, dahin zu wirken, daß die Weiber für gleiche Arbeit gleich

belohnt werden, wie die Männer. Ueber die Haltung der Arbeiter in politischer Hinsicht hält er für's Beste, daß sie auf ihren eigenen Grundsätzen beharren und sich von beiden politischen Bourgeoisparteien fern halten. Auf diese Weise nur können Maßregeln im eigenen Interesse befördert werden. Die unglückliche Lage der arbeitenden Massen erheische, daß sie sich dauernd organisiren und von ihrer politischen Macht Gebrauch machen um den schädlichen Einflüssen der Geseßgebung entgegen zu wirken. Von der Noth der arbeitenden Bevölkerung gab er folgende Beschreibung: „Die übeln Folgen des jüngsten Krieges wirken traurig auf die Massen, und die schweren Bürden der Besteuerung haben beinahe jeden Industriezweig gelähmt. Hunderttausende von Leuten, die Willens und fähig sind zu arbeiten, gehen müßig und erschwingen nur unter den größten Schwierigkeiten die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse in diesem Lande der unbegrenzten Hülfquellen. Andere Tausende, die beschäftigt sind, müssen früh und spät arbeiten, und sind gezwungen, sich die größten Entbehrungen aufzulegen, in schlechten und ungesunden Wohnungen zu wohnen, sich mit unzureichender Nahrung zu begnügen, sich in die größten Fabrikate zu kleiden, — kurz sie sind kaum besser gestellt, als die Arbeitslosen.

„Wenden wir uns nun nach der andern Seite, so sehen wir die nicht produzierenden Kapitalisten, Bankiers und Börsenwölfe — in palastartigen Häusern wohnen und alle die Weise eines Crösusähnlichen Reichthums zur Schau tragen, jeden Tag reicher werdend, während an ihrer Seite die Arbeiter, die im Schweisse ihres Angesichtes ihr Brod essen, ärmere und ärmer werden. Diejenigen, welche säen, ernten nicht, während die Kapitalisten auf wucherhafte Weise der Arbeit ihre Früchte abzwängen und dem Arbeiter nur einen kärglichen Unterhalt gewähren; und so wird die falsche Theorie, daß die Arbeit dem Kapital eigen sein sollte, praktisch verwirklicht.

Und diese Verzweiflungsrede kommt nicht aus Schlessien oder Irland, sondern aus Amerika, dem Lande des Volkswohls, es ist die Sprache der bestbezahlten Arbeiter eines Landes, das keine verjährten Feudalrechte, keine verdummende Staatskirche, und keine hinderlichen Zunftgesetze, noch gekrönte Ruheherren kennt!

Auf Empfehlung des Präsidenten ward folgender Beschluß vorgeschlagen: „Daß nach der Meinung dieses Kongresses die Größten der Nationalen Arbeits-Genossenschaft von der unmittelbaren Organisation einer unabhängigen Arbeiterpartei abhängt, die zum Zweck hat, in die Staats- und Nationalkörper Vertreter zu wählen, deren Sympathien und Interessen mit denen der Arbeiter identisch sind." Ueber diesen Vorschlag ward sehr lebhaft debattirt. Auch in Newyork giebt es Arbeiter, die sich fürchten Politik zu treiben. Die Opposition kam hauptsächlich von dem Delegirten der Newyorker Arbeiter, der seine antipolitische Weisheit bei jeder Gelegenheit zum Besten gab, aber natürlich keine Lorbeeren erwarb. Der Vorschlag ward mit dem Zusatz angenommen: „Vorausgesetzt, daß das Vorgehende nicht auf die Ernennung von Wahlmännern für die gegenwärtige Präsidentenwahl anzuwenden ist."

Ferner ward ein Beschluß zu Gunsten der Errichtung eines Arbeitsministeriums gefaßt. Der Antragsteller sagte: „Wohin wir auch blicken in der heutigen Gesellschaft, der schützende Arm der Geseze umschlingt Alles, was die Anhäufung von Reichthümern bezweckt, nur die Arbeit wird stumm mütterlich behandelt; die Unternehmungen, welche die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, und eine rechtmäßige Vertheilung der Produkte der Arbeit bezwecken, stehen wie verlassene Waisen da, um sie kümmert sich das Gesez nicht." Das Arbeitsministerium soll sich mit der Registrirung und Re-

gularisierung der Gewerksgenossenschaften, der Produktiv-Genossenschaften, der Vertheilung der öffentlichen Ländereien, und mit allen Arbeiterassoziationen, die eine Hebung der Lage der Arbeiter bezwecken, beschäftigen. Der Beschluß wurde einstimmig angenommen und der Antragsteller nebst 4 andren Mitgliedern beauftragt, eine Petition in diesem Sinne an den Kongreß zu entwerfen.

Ueber die Weiberarbeit ward folgendes beschlossen:

„Daß der geringe Lohn, die langen Arbeitsstunden, und die schädlichen Dienstverrichtungen, welchen sich die arbeitenden Weiber zu unterziehen haben, die Gesundheit zerstören, die weibliche Tugend aufs Spiel setzen, und eine Schmach und Schande der heutigen Zivilisation sind — daß wir die Weiber dringend ersuchen Gewerbe zu erlernen, sich unsern Unionen anzuschließen oder eigene zu errichten und jedes andere ehrliche Mittel anzuwenden, ihre Arbeitgeber zu bereden oder zu zwingen ihnen dadurch Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß sie ihnen für gleiche Arbeit gleichen Lohn bezahlen, wie den Männern.“

Daß wir es den Vereinen, die in diesem Kongreß vertreten sind, zur Pflicht machen allen Arbeiterinnen-Assoziationen, die bereits bestehen oder später ins Leben gerufen werden mögen, jedweden Beistand zu gewähren, damit sie ihren rechtmäßigen Forderungen Geltung verschaffen können.

Daß dieser Kongreß verlangt, daß das Acht-Stunden-Besch in allen Geschäften eingeführt werde, wo Weiber beschäftigt sind.“

Die Cigarrenmacher und die Zimmerleute, die in ihren besondern Kongressen Beschlüsse über den achtstündigen Arbeits-tag faßten, verlangen, daß diejenigen Kapitalisten, die Weiber und unmündige Personen länger als acht Stunden des Tages arbeiten lassen, gesetzlich bestraft werden sollen.

Ueber die Frage der Strikes (Arbeitseinstellungen) waren die Meinungen getheilt. Sie kam zweimal aufs Tapet. Ansichten, die ich schon früher mitgeteilt, gegen die Strikes machten sich in zwei Ausschußberichten geltend, wurden jedoch zurückgewiesen. Man wollte nicht beschließen, daß der Kongreß gegen die Strikes sei, und hat es nicht beschloffen. Dennoch scheinen mehrere der Hauptwortführer der amerikanischen Arbeiterklasse entschlossen, jedes mögliche Mittel anzuwenden, dieselben zu verhüten. Die Bewegung ist ebenfalls in ein neues Stadium getreten. Schon im vorigen Jahre wurde zu Chicago eine Plattform angenommen, welche mit Losfassung von den alten politischen Parteien einschloß.

Die Thatsache, daß der Ort, wo die Kongresse stattfinden, immer am Stärksten vertreten, mithin in der Majorität ist, ließ mich zweifelhaft ob es nicht ein Westliches Programm war. Der Amerikanische Westen ist noch jung, hat keine eingewurzelte Freundschaft mit den alten Parteien, kann daher keine Verlegenheit haben. Der diesjährige Kongreß dagegen war ein New-Yorker, die Delegirten der Stadt und des Staates bildeten eine überwiegende Majorität. Bis auf den Strike-Paragraphen haben sie die Chicagoer Plattform in Vausch und Bogen angenommen. Das Weiberement, welches sich angegeschlossen hat und so bereitwillig aufgenommen wurde, bildet jetzt ein Schritt in der rechten Richtung, wie man auf Englisch zu sagen pflegt. Die Reden, welche von Miß Anthony gehalten wurden, beschämten manchen europäischen Parlamentsredner. Sehr erfreulich ist, daß Sylvius, dessen ich schon öfters erwähnt, zum Präsidenten erwählt wurde. Er ist ein unermüdlicher Kämpfer und hat das Talent am rechten Platz und zur rechten Zeit anzufangen, und ist allgemein bekannt und geachtet. Er schloß die letzte Sitzung mit den Worten:

„Wenn Jedermann seine Schuldigkeit thut, so werden wir nicht

allein im Stande sein den künftigen Präsidenten, sondern auch den Kongreß (die Volksvertretung) zu wählen.“

London, den 19. October.

Der Führer der parlamentarischen Opposition, Gladstone, hat eine lange Adresse an seine Wähler erlassen, und im Laufe der Woche zwei längere Reden gehalten, um den Inhalt der Adresse weitläufiger zu besprechen. Seine neuliche Behauptung, das Toryministerium habe die jährlichen Staatsausgaben permanent um 3,000,000 Pf. St. vermehrt, rief einen Wolkensbruch von Briefen hervor, in welchen nachgewiesen ward, daß der Staatshaushalt nie so verschwenderisch geführt worden sei, als während der Finanzverwaltung des Herrn Gladstone, und daß die letzte Vermehrung der Staatsausgaben die unausbleibliche Folge der Böcke war, welche die „liberale“ Administration geschossen. Die Mauern von London sind im gegenwärtigen Augenblick mit Plakaten bedeckt, auf denen eine Rede, die Richard Cobden vor sechs Jahren im Parlament hielt, abgedruckt ist, in welcher er nachwies, daß die damalige „liberale“ Verwaltung 2,000,000 Pf. St. mehr an die Marine gewendet, als die konservative Verwaltung von 1858. Diese Beweise waren unleugbar. Dennoch mußte sich Gladstone als erster Ankläger so gut als möglich aus der Schlinge ziehen, und er hat es auf eine sonderbare Weise gethan. Er sagt in seiner Adresse: „Die rasche Vermehrung des Reichthums hat seit einer Reihe von Jahren zu einer verminderten Wachsamkeit außerhalb des Parlaments in Betreff der Staatshaushalts geführt. Ich wünsche ernstlich, daß das große Interesse, welches die Klasse, die jüngst das Wahlrecht erhalten, an einer sparsamen Staatsverwaltung hat, so mächtig wirken möge, daß eine Veränderung herbeigeführt wird. Nach meiner Meinung können die vermehrten Ausgaben weder durch die Wünsche des Landes, noch durch die Forderungen des öffentlichen Staatsdienstes gerechtfertigt werden.“ In einer seiner Reden sprach er sehr viel über dasselbe Thema und führte unter Anderem an, daß das Ministerium Palmerston bei einer Gelegenheit dem Lande 12,000,000 Pf. St. erspart habe dadurch, daß es einen Parlamentsbeschluß unbeachtet gelassen, für welchen drei der heutigen Kabinetminister gestimmt hätten. Er forderte abermals die Wähler auf, ein wachsames Auge auf ihre Repräsentanten im Parlamente zu richten und erklärte zugleich, daß es nicht immer in der Macht der Minister stehe, sich den verschwenderischen Gelüsten des Parlaments zu widersetzen. Er fügte wörtlich hinzu: „Es giebt Gruppen, und ich kann sagen Klassen von Menschen, die ein bestimmtes, nimmer ruhendes Interesse haben, sich von dem Ertrage des öffentlichen Fleißes zu mästen, und diesem kann nur durch die Wachsamkeit der öffentlichen Meinung gesteuert werden.“ Er verwahrte sich jedoch ausdrücklich dagegen, daß das Gesagte irgendwie als ein Brandmal für das gegenwärtige Ministerium gemeint sei. So schlug der rednerische Goliath dem aristokratischen Blutegel-Gesindel, das ohne Raß und ohne Ruhe an dem Staatskörper saugt, und mit welchem er seit 30 Jahren gelebt und gewirkt, im selben Momente in's Gesicht, wo er sich den Fabrikbesitzern von Lancashire als ächter Bourgeois-Radikaler vorstellte.

Ueber die irische Kirchenfrage konnte er nur wiederholen, was er seit neun Monaten bei jeder Gelegenheit gesagt. Als Entgegnung auf den Vorwurf, daß die Ausführung seines Vorschlages der englischen Constitution den Garaus machen werde, sagte er, der Umsturz der Constitution sei jedesmal prophezeit worden, wenn es sich um eine wirkliche Fortschrittsmaßregel gehandelt habe, aber statt unterzugehen, sei sie jedesmal stärker aus dem Kampfe hervorgegangen.

Ob es unbewußt oder absichtlich geschehen, will ich nicht beurtheilen, Thatsache ist, daß Gladstone weder in seiner Adresse, noch in seinen Reden der Arbeiter als solcher gedacht hat. Für ihn giebt es gegenwärtig nur Wähler und politische Gegner, und er wendet sich an die Ersteren, damit sie ihm helfen sollen die Letzteren zu besiegen. Indem er seine früheren Verbündeten mit Füßen tritt, schreitet er vorwärts und sucht die Allianz von Leuten, die ihm früher mit ihren Forderungen als extreme Politiker gegenüber standen. Anders macht es der große „Volkstribun“ (?) John Bright. Der große Reformator, der noch vor wenigen Monaten den Trades' Unionisten (Mitglieder der Gewerks-Vereinigungen) schmunzelnd auf die Schultern klopfte, als die Trades' Unions in Masse auftraten, und das Wahlrecht verlangten, läßt jetzt in seinem Blatt, dem „Morning Star“, rechts und links auf sie einhauen, weil sie sich erdreissen, im eigenen Interesse zu stimmen. Die Arbeiter eines Wahlbezirks in Staffordshire, die in Folge der letzten Reformbill die große Majorität der Wähler des Bezirks bilden, haben sich unterstanden, auf den Gedanken zu kommen, daß sie wenigstens berechtigt, seien einen Kandidaten für sich aufzustellen, und überlassen es der kapitalistischen Minorität, ihrerseits dasselbe zu thun. Der Mann, den sie berufen, ist Hartwell, gegenwärtiger Redakteur des „Beehive“, der in der ersten Versammlung, wo der Grund zur Chartistenbewegung gelegt ward, und wiederum in der ersten Versammlung, wo die Reform Liga gegründet ward, den Vorschlag führte. Er ist Buchdrucker von Profession und ein ebenso alter Politiker wie Herr Bright. Der bürgerliche Kandidat, mit dem die Arbeiter unzufrieden sind, ist ein Hüthenbesitzer des Bezirks, der vor zwei Jahren seine Arbeiter sammt und sonders fortschickte, weil sie nicht um geringern Lohn arbeiten wollten wie früher. Da er aber ein „liberaler“ Bürger ist, so gilt es den „liberalen“ Bürgern als ein Verbrechen, ihn durch einen Arbeiter verdrängen zu wollen. Die Schwierigkeit für Arbeiterkandidaten liegt in dem numerisch unzureichendem Antheil, welchen die großen Städte an der Vertretung im Parlament haben. Hätte z. B. London seinen verhältnismäßigen Antheil Vertreter, so wären 65 statt 20 zu wählen. In einigen Bezirken der Hauptstadt bewerben sich gegenwärtig 4 und 5 Kandidaten um einen Sitz. In wenigen Wochen werden die Arbeiter von den Illusionen, welche sie sich betreffs eines reformirten und namentlich des ersten reformirten Parlaments gemacht hatten, kurirt sein. Man wagt schon Zweifel über das neue Unterhaus laut auszusprechen. So heißt es z. B. im „Social Economist“: „Das neue Unterhaus wird allem Anscheine nach aus reicheren Männern bestehen, als irgend ein früheres und es wird eine größere Anzahl von Advokaten enthalten als jemals.“ Die Hauptfrage, über welche es verhandelt kann, ist die irische Kirche, und diese würde sich im Laufe der Zeit von selbst erledigen; wenn es an die Diskussion der Land- und Arbeiterfrage kommt, so wird sich zeigen, daß das neue Haus nicht besser ist als seine Vorgänger, es sei denn, daß eine hinreichende Zahl Arbeiter-Vertreter hinein kommen.“ Nun, die Arbeiter-Vertreter kommen nicht in's nächste Parlament.

An den hiesigen Bevollmächtigten des Saxfeld'schen Vereins ist folgender Brief abgegangen:

Leipzig, den 21. Oktober 1868.

Herrn Röthing hier.

Wie Sie aus der beifolgenden Nr. 42 des „Demokratischen Wochenblatts“ erschen werden, macht mein Freund Lieb-

recht Ihnen und Ihren Freunden das Anerbieten, in Chemnitz eine allgemeine Arbeiter-Versammlung abzuhalten, in der sich die Leiter Ihres Vereins und unsere Parteiführer gegenüber treten.

Wir betrachten es als selbstverständlich, daß Sie den Vorschlag annehmen, und legen Ihnen, um Weitläufigkeiten zu vermeiden, folgende Bedingungen vor:

1. Verlangen wir, daß die Versammlung nicht früher, als nächsten Sonntag über 14 Tage, also Sonntag, den 8. November, stattfindet. Paßt Ihnen dieser Tag nicht, so ist auch jeder spätere Tag recht, doch müssen wir darauf sehen, daß die Versammlung an einem Sonntage stattfindet, weil es bei unserer beschränkten Zeit sehr schwer ist, die Reise an einem Wochentage zu machen.

2. Erwarten wir, daß Ihre Freunde in Chemnitz, denen wir die Anordnungen der Versammlung bereitwillig überlassen, das größte vorhandene Lokal wählen und den Beginn der Versammlung auf Nachmittag präcis 3 Uhr ansetzen, damit ausgiebige Zeit für eine Debatte ist.

Die entstehenden Kosten für Annoncen, Plakate und Kalmiethe tragen wir selbstverständlich zur Hälfte. 3. Ist die Einrichtung zu treffen, daß abwechselnd ein Redner von Ihrer und ein Redner von unserer Seite Wort erhält, und

4. muß eine bestimmte für beide Theile gleiche Zeitdauer für die einzelnen Reden festgesetzt werden.

Endlich ersuchen wir Sie, sobald die Versammlung endgültig angelegt ist, uns davon zu unterrichten und zwar wenigstens 8 Tage vor ihrer Abhaltung.

Ergebenst A. Bebel.

Ueberschwemmung in der Schweiz.

Aufruf.

Alle Zeitungen sind erfüllt mit erschreckenden Berichten über das unermessliche Unheil, welches die gewaltigen Ueberschwemmungen in den Kantonen St. Gallen, Graubünden, Tessin, Wallis und Uri angerichtet haben. Furchtbare Wetterschwünge, welche sich wolkenbruchartig in den Centralalpen entleerten, verbreiteten Verderben nach allen Richtungen hin und verheerten durch Fluthen und Bergstürze nicht nur Wälder und Gluren, sie vernichteten auch eine große Zahl von Wohnungen und Ställen, ja zerstörten ganze Ortschaften vollständig; außerdem der Verlust einer größeren Zahl von Menschen ist zu beklagen. Seit Jahrhunderten kaum ist ein so ausgedehntes Unglück hereingebrochen; der Schaden steigt auf viele Millionen an.

Im Einverständnis mit den Vorständen der andern deutschen Hilfsvereine in Bern, Basel, Genf und Aarau wenden wir uns, eingedenk der gastlichen Aufnahme, die wir Deutschland in der Schweiz gefunden, und der vielfachen Unterstützungen, deren sich unsere Bestrebungen zur Linderung der Noth in unserem Vaterlande selbst, wie für die Verwundeten im Jahre 1866, die Nothleidenden in Ostpreußen u. s. w., hier zu Lande erfreut haben, vertrauensvoll an unsere Landsleute in Deutschland und bitten dringend um eine recht thatkräftige Unterstützung der vom Unglück so schwer heimgesuchten Tausende, sei es in barem Gelde oder in Artikeln der Lebensnothdurft.

Die genannten Vereine sind gleich uns bereit, Gaben für diesen Zweck in Empfang zu nehmen und den Verunglückten zuzuführen.

Zürich, 10. Oktober 1868.

Centralomite der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz. Rauwerd, Präsident. Butte, Kassirer. Mark, Schriftführer.